



30. September 2016

CDU

63. Parlaments – Postille



**Sehr geehrte
Damen und Herren,
liebe Freunde,**

seit ihren Gründungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit haben die Unionsparteien an die Verwirklichung der Deutschen Einheit geglaubt und immer daran festgehalten. Zusammen mit Helmut

Kohl, dem Kanzler der Einheit, haben wir die politische Einheit unseres Landes angestrebt und den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Einigungsprozess aktiv gestaltet.

Wer heute zwischen Ostsee und Thüringer Wald, zwischen Harz und Oder unterwegs ist, wird feststellen, dass seit der Wiedervereinigung sehr viel erreicht worden ist – von den Bürgerinnen und Bürgern, von den Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Verwaltung. Der Angleichungsprozess zwischen Ost und West ist noch nicht völlig abgeschlossen. Damit Ostdeutschland attraktiv bleibt, braucht es solide Haushalte und ein stetiges Wirtschaftswachstum. Aber auch einige Regionen in den alten Bundesländern leiden mittlerweile unter starker struktureller Unterfinanzierung. Dies muss bei der Neugestaltung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ebenfalls berücksichtigt werden.

Ihre

Ingrid Pahlmann MdB

Reform der Erbschaftssteuer

Der gemeinsame Vermittlungsausschuss des Bundestages und Bundesrates hat in Sachen Erbschaftssteuer ein gutes Ergebnis erzielt. Die Begünstigung von mittelständischen Unternehmen bei der Erbschaftssteuer zur Erhaltung von Arbeitsplätzen hatte das Bundesverfassungsgericht im Dezember als nicht in jeder Hinsicht verfassungsgemäß sei. Die Karlsruher Richter forderten den Gesetzgeber daher dazu auf, Nachbesserungen vorzunehmen. Diesem Auftrag ist die CDU nachgekommen und hat sich an die Vorgaben des höchsten Gerichts der Bundesrepublik gehalten. Forderungen von der Linkspartei und den Grünen, diese Reform der Erbschaftssteuer dazu zu nutzen, massive Steuererhöhungen durchzusetzen, haben wir verhindert. Die Reform der Erbschaftssteuer wird Unternehmen nicht in ihrem Bestand gefährden und Arbeitsplätze werden gesichert. Das war immer ein Anliegen der Unionsparteien und dieses Kernziel wurde im jetzigen Gesetzentwurf umgesetzt. Wir ersparen uns damit, dass das Bundesverfassungsgericht sich in dieser Woche mit der Vollstreckung seines Urteils befasst. In dieser Woche stimmten wir im Plenum dem Ergebnis des Vermittlungsausschusses zu.

Antibiotika-Resistenzen vermindern

Die Abschwächung oder vollständige Unwirksamkeit von Antibiotikawirkung wird zunehmend zur gesundheitlichen Gefahr für Mensch und Tier. Die vielfältigen Aktivitäten der Bundesregierung auf nationaler und internationaler Ebene, um dieser Entwicklung zu begegnen unterstützen wir daher ausdrücklich. In einem gemeinsamen Antrag fordern die Koalitions-

fraktionen darüber hinaus weitergehende Bemühungen in Human- und Tiermedizin, um den Einsatz von Antibiotika auf ein Mindestmaß zu beschränken. Der Schwerpunkt eines koordinierten Zusammenwirkens aller Beteiligten muss stärker auf Prävention, Information, Aufklärung sowie Aus- und Weiterbildung setzen. Zudem soll der sachgerechte und passgenaue Einsatz von Antibiotika in allen Bereichen stärker in den Vordergrund gerückt und die Forschung nach neuen Antibiotika verstärkt werden.

Verlängerung der Militäroperation im Mittelmeer zur Bekämpfung von Terrorismus und Menschenhandel

2001 wurde die NATO-geführte maritime Militäroperation „Active Endeavour“ ins Leben gerufen. Ziel der Operation war es, illegalen Waffenschmuggel zu unterbinden, terroristische Aktivitäten im Mittelmeerraum zu entdecken und abzuschrecken sowie Entschlossenheit und Solidarität der NATO-Staaten zu demonstrieren. Diese Operation läuft nun aus und soll durch die Operation „Sea Guardian“ mit demselben Auftrag fortgeführt werden. Wie schon bei der Operation „Active Endeavour“ werden sich auch dieses Mal deutsche Streitkräfte an der Operation beteiligen. Die Bundesregierung hat dazu einen Antrag in den Bundestag eingebracht. Die Mission wird für den Zeitraum vom 1. Oktober 2016 bis zum 31. Dezember 2017 festgelegt. Überdies soll die gemeinsame europäische Mittelmeermission zur Bekämpfung von Menschenenschmuggel und Schleuserkriminalität unterstützt und ergänzt werden und Aufgaben bei der Durchsetzung des Waffenembargos gegenüber Libyen übernommen werden. Als Personalobergrenze sind 650 Soldaten vorgesehen.

Bekämpfung von Rocker-Kriminalität

In den letzten Jahren erlebten wir besonders in den Großstädten eine stete Zunahme von organisierter Kriminalität aus dem Rocker-Milieu. Auf diese Entwicklung muss der Gesetzgeber reagieren, um die innere Sicherheit zu garantieren. Die Verschärfung des Vereinsgesetzes führt zu einer Änderung des sogenannten Kennzeichenverbots. Ein solches verschärftes Kennzeichnungsverbot soll auf die Kutten der Rockergruppen abzielen. Die Kutten dienen im Rockermilieu als gegenseitiges Erkennungszeichen, um festzustellen, wer Freund und wer Feind ist. Die Kutten stellen somit einen wesentlichen Beschleuniger von Rivalitäten zwischen verfeindeten Rockergruppen dar. Die Kennzeichen von „Schwestervereinen“ sollen

nun nicht mehr straflos genutzt werden können. Zugleich wird präzisiert, wann eine Verwendung wesensgleich ist. Wir reagieren damit auf ein Urteil des Bundesgerichtshofs und erleichtern auf diese Weise die Bekämpfung der Rocker-Kriminalität. Die Union bleibt in allen Bereichen der inneren Sicherheit die treibende Kraft.

THW im Deutschen Bundestag



Sabine Lackner (1.v.li), Wolfgang Lindmüller (1.v.re.) und Ingrid Pahlmann (3.v.re)

Am 27. September 2016 hatten die Abgeordneten des Deutschen Bundestages wie jedes Jahr die Möglichkeit, die Arbeit, Einsatzvielfalt sowie das vielfältige Entwicklungskonzept der Technischen Hilfswerke (THW) näher kennenzulernen. Dazu hatte der Vorsitzende der Bundeshelfervereinigung, Stephan Mayer, vor dem Paul-Löbe-Haus in Berlin eingeladen. Dort traf Ingrid Pahlmann auf die Landesbeauftragte für den Landesverband Bremen-Niedersachsen, Sabine Lackner, und auf den Landessprecher, Wolfgang Lindmüller. Eine gute Gelegenheit, sich für den unermüdlichen Einsatz zum Wohle und Schutz unserer Bevölkerung zu bedanken und gerade auch das gesellschaftliche Engagement der zahlreichen freiwilligen Helfer zu würdigen und unseren Respekt zu bekunden.

Gesetz zur Flexi-Rente beraten

Das Gesetz zur Flexi-Rente wurde diese Woche in erster Lesung im Deutschen Bundestag beraten. Ziel des Vorhabens ist die Flexibilisierung des Übergangs vom Erwerbsleben in den Ruhestand und die Stärkung von Prävention und Rehabilitation im Erwerbsleben. Die Bevölkerungsstärke der 55- bis 65-Jährigen hat in den vergangenen Jahren zugenommen und wird

auch in den nächsten zehn Jahren weiter wachsen.

Die Menschen werden immer gesünder und älter. Daher wundert es nicht, dass viele Personen gerne über das gesetzliche Renteneintrittsalter hinaus weiter am Berufsleben teilnehmen wollen. Der nun zur Beratung eingebrachte Gesetzentwurf setzt die Ergebnisse der Koalitionsarbeitsgruppe um, die auf Betreiben der Union hin eingerichtet worden war. Es wird Arbeitnehmern bereits ab dem Alter von 63 ermöglicht, eine Teilrente stufenlos zu wählen und so bei reduzierter Arbeitszeit weiter im Beruf zu stehen. Gleichzeitig soll die Grenze des Zuverdienstes erweitert werden, den bereits in die Rente übergetretene Personen erwirtschaften dürfen. Anreize zum frühen "Job-Ausstieg" sollen allerdings minimiert und Frühverrentungen vermieden werden. Durch neue Regelungen zielt das Gesetz zudem darauf, Weiterbeschäftigung durch Prävention und Reha-Maßnahmen zu erreichen. Den Übergang von Arbeit zum Ruhestand wollen wir fließender und individueller gestalten. So schafft die Flexirente einen Gewinn für Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

Förderprogramm für finanzschwache Kommunen wird verlängert

Mit dem *Gesetz zur Änderung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes* unterstützen wir die Investitionstätigkeit von finanzschwachen Kommunen in Zeiten großer Herausforderungen. Dazu haben wir die Verlängerung des Förderprogramms für besonders bedeutsame Investitionen in finanzschwachen Kommunen bis Ende 2020 beschlossen, da noch viele Mittel gar nicht abgerufen wurden. Wir ermöglichen es den Kommunen damit, die vom Bund gewährten Finanzhilfen in Höhe von 3,5 Milliarden Euro zwei Jahre länger abzurufen und leisten unseren Beitrag dazu, die aktuellen Herausforderungen bei der Betreuung und Unterbringung von Flüchtlingen zu meistern.

Potenziale einer digitalen Verwaltung nutzen

Die Bedeutung einer modernen und digitalen Verwaltung für die Zukunftsfähigkeit unseres Gemeinwesens unterstreichen die Koalitionsfraktionen in einem entsprechenden Antrag. Es gilt, die Potenziale der digitalen Verwaltung für Bürger und Wirtschaft zu nutzen und durch effiziente, moderne Infrastrukturen weiterzuentwickeln. Wichtige Aspekte sind hierbei auch die Vertrauenswürdigkeit der digitalen Dienste. Wir beraten zudem über die Unterrichtung der Bundesregierung zur Modernisierung und Digi-

talisierung der Verwaltung. Das Regierungsprogramm schafft die Voraussetzung für eine bürgernahe und nutzerorientierte Weiterentwicklung der Infrastrukturen hin zu einer „Verwaltung der Zukunft“. Dabei sollen die Potenziale der Digitalisierung genutzt werden, um die Verwaltungsdienstleistungen in der Zukunft noch transparenter, effizienter sowie bürger- und unternehmensfreundlicher zu gestalten. Ebenso gilt, es die Herausforderungen mit Blick auf die Bedienbarkeit zu berücksichtigen.

Tierwohl: Missstände ernst nehmen und ahnden

In dieser Woche hatten wir mehrere Debatten zum Tierwohl. Anlass war u.a. auch der Panorama-Beitrag im NDR. Wir haben klargemacht, dass solche Verstöße gegen das Tierwohl umgehend geahndet werden und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden müssen. Auf der anderen Seite darf man aber auch nicht alle Tierhalter über "einen Kamm" scheren. Wir haben in unseren Debattenbeiträgen deutlich gemacht, dass die meisten der 200.000 tierhaltenden Betriebe sehr sorgsam und mit viel Empathie mit ihren Tieren umgehen und sie gut und professionell versorgen. Darüber hinaus haben wir auch klargestellt, dass es kein Kavaliersdelikt ist, wenn man nachts verumumt in fremde Ställe einbricht um spektakuläre Aufnahmen zu machen. Das ist dann ebenso eine strafbare Handlung. Zumal die sogenannten Tierschützer die Verletzungen der Tiere nicht umgehend den Veterinärbehörden angezeigt und so das Tierleid unnötig verlängert haben. Wir erwarten, dass die betroffenen Tierhalter zur Rechenschaft gezogen werden und durch ihr schlechtes Beispiel nicht die gewissenhaft arbeitenden Betriebe weiter in Verruf bringen.

Kontakt

Büro Berlin

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: (030) 22772341
Fax: (030) 22776067

Büro Gifhorn

Steinweg 5, 38518 Gifhorn
Tel.: (05371) 728035
Fax: (05371) 728036

Büro Peine

Freiligrathstr. 4, 31224 Peine
Tel.: (05171) 7902225
Fax: (05171) 7902226



CDU